

Der Vogtlandbote

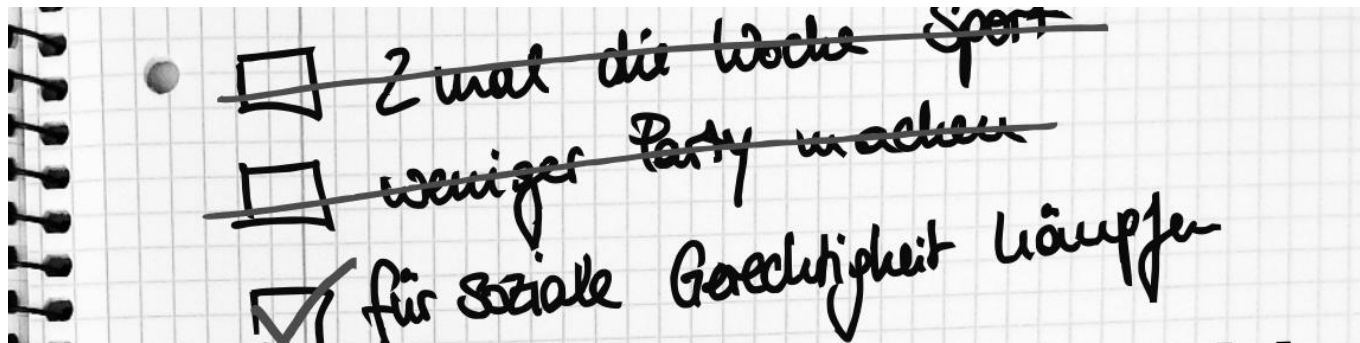
[links]

[alternativ]

24. Jahrgang Nr. 01/2016

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €



DANKE FÜR EUER ENGAGEMENT 2015 - UNSERE HERAUSFORDERUNGEN 2016

Ein Brief von Katja Kipping, Bernd Riexinger, Matthias Höhn und Thomas Nord

Liebe Genossinnen und Genossen, 2015 war das Jahr der Grenzen. Aber auch der Grenzüberschreitungen, ja sogar der Grenzspengungen. Durch die griechische Regierung unter Syriza wurden die Grenzen der europäischen Austeritätspolitik sichtbar gemacht. Tausende sind in diesem Jahr auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung an den Außengrenzen der Europäischen Union ums Leben gekommen. Viele, viele Tausende mehr haben diese Grenzen überschritten und suchen nun in den Ländern der EU Schutz und hoffen auf ein gutes Leben. In Deutschland haben sich Millionen von Menschen an der Unterstützung der Geflüchteten beteiligt und sind dabei oft an die Grenzen ihrer Belastung gegangen.

Leider müssen wir auch erleben, dass sich die politische Rechte - extrem, populistisch und rassistisch - überall in Europa im Aufwind befindet. In Deutschland hat sie sich in der AfD und in den verschiedenen Pegida-Bündnissen formiert. Die Geflüchteten werden als Sündenböcke angeboten: Für Wohnungsnot und schlechte Löhne, befristete Verträge und unsichere Zukunftsaussichten sind aber nicht Geflüchtete verantwortlich, sondern eine jahrzehntelange verfehlte Politik, die uns heute auf die Füße fällt. Der Kampf gegen rechts wird für die gesellschaftliche Linke eine der wichtigsten Aufgaben im nächsten Jahr.

Viele von uns haben sich in den diesjährigen Kommunalwahlkämpfen und den Bürgerschaftswahlen in Bremen und Hamburg engagiert. Wie viel Wandel eine LINKE Regierung bewirken kann, zeigen die Erfolge in Brandenburg und in Thüringen unter dem ersten LINKEN Ministerpräsidenten, Bodo Ramelow.

Die letzten Tage und Wochen haben auch gezeigt, dass wir vor einer weiteren großen Herausforderung stehen: dem Einsatz für den Frieden. Die Bundesregierung unterstützt heute nicht nur die US-geführte Koalition im Irak, sondern hat vor wenigen Tagen den Bundeswehreinsatz von 1200 Soldatinnen und Soldaten in Syrien beschlossen. Damit ist Deutschland an einem Krieg beteiligt, der bereits seit vier Jahren tobt. Angeblich geht es dabei um die Bekämpfung von Terror. Wir jedoch meinen, nach 15 Jahren Krieg gegen den Terror zeigt sich, dass sich die Logiken des Krieges und Terrors gegenseitig verstärken. Bomben schaffen keinen Frieden. DIE LINKE hat als einzige Fraktion geschlossen gegen die Beteiligung am Syrienkrieg gestimmt, wir sind die einzige verlässliche Friedenspartei im Bundestag. Wir müssen uns im Parlament und auf der Straße für eine friedliche und zivile Lösung einsetzen.

Zum Glück wissen wir, dass wir uns auf das Engagement unserer Mitglie-

der verlassen können: für soziale Gerechtigkeit, für Demokratie und Menschenrechte und für den Frieden.

Zusammengefasst stehen im kommenden Jahr vier große Herausforderungen und Projekte an:

- Die Weiterführung der Kampagne "Das muss drin sein." und der Streit für Arbeit und Leben jenseits der Prekarität.
- Die entspannungs- und friedenspolitische Konferenz am 19. März 2016 und der Einsatz im Parlament und auf der Straße für den Frieden.
- Der Kampf für eine humane Flüchtlingspolitik und gegen Rassismus und rechte Hetze.
- Die Landtags- bzw. Abgeordnetenhauswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.

Für freuen uns darauf, diese Aufgaben gemeinsam mit Euch anzugehen!

Solidarische Grüße
Katja Kipping, Bernd Riexinger,
Matthias Höhn und Thomas Nord

Dies ist eine gekürzte Fassung des Briefes. Vollständig findet Ihr diesen unter www.die-linke.de

aus dem	Gute Jobs - Gute Pflege?.....	S. 2
Inhalt:	Streikerfolg.....	S. 4
	"Rechtsvereinfachung" bei Hartz IV.....	S. 6
	Briefe.....	S. 7



PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG - GUTE PFLEGE?



Am 10. Dezember fand in der Jugendherberge "Alte Feuerwache" eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Prekäre Beschäftigung - gute Pflege?“ statt. Als Gäste waren unsere Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann, Gewerkschaftssekretärin Simone Bovensiepen (ver.di), der Geschäftsführer des Bereichs Pflege der AOK Plus, Bernd Kuhlmann, und Horst Wehner in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Paritätischen Sachsen gekommen.

Zunächst ging es um prekäre Beschäftigung. Sie ist gekennzeichnet durch geringe Stundenlöhne, die Schwere der Arbeit, befristete Stellen, unfreiwillige Teilzeit- und Leiharbeit. Das spielt auch in der Pflege eine große Rolle. Von dem derzeitigen Pflegemindestlohn von 8,65 € können keine Renten erzielt werden, die Altersarmut verhindern. Diese wären erst bei einem Mindestlohn von 10,36 € möglich. Simone Bovensiepen brachte es auf den Punkt: Diejenigen, die heute pflegen, werden sich für sich selbst im Alter keine Pflege leisten können.

Zur Finanzierung sagte Bernd Kuhlmann, dass für die Kasse alle tariflichen Lösungen als wirtschaftlich angesehen werden. Allerdings ist der Altenpflegemarkt sehr kleinteilig und die gewerkschaftliche Organisation gering, was sich auf die Löhne auswirkt. Was die Pflegebedürftigen betrifft, so bekräftigte er, dass jeder die Pflege bekäme, die er benötigt. Für einen bestimmten Betrag, der sich aus dem ermittelten Pflegegrad ergibt, können die einzelnen Leistungen wie aus einem Baukasten ausgewählt und miteinander kombiniert werden.

Sabine Zimmermann machte darauf aufmerksam, dass nach wie vor ein Pflegenotstand besteht, der noch dazu hausgemacht ist. Oft gibt es nur Teilzeitangebote, auch ein Grund dafür, dass es in der Bundesrepublik 1,4 Mio. sogenannte „Aufstocker“ gibt, Menschen also, die von ihrem Arbeitslohn nicht leben können.

Horst Wehner lenkte den Blick noch auf eine andere Gruppe von Pflegenden, die Familienangehörigen. Diese müssten ebenso abgesichert werden. Derzeit beziehen 425.000 Menschen, die Angehörige pflegen, Sozialhilfe. Das heißt, auch diese werden sich bei eigener Pflegebedürftigkeit Pflege kaum leisten können.

Aus dem Publikum, in dem unter anderem Vertreterinnen der Volkssolidarität saßen, kamen ganz spezielle Fragen an Herrn Kuhlmann. Zum Beispiel, warum von vier Pflegeleistungen nur eine abgerechnet werden kann. Auch werden Fahrtkosten nicht erstattet, was im ländlichen Raum sogar schon dazu führt, dass Patienten abgelehnt werden müssen, weil die Pflegedienstleister wirtschaftlich arbeiten müssen, wenn sie auf Dauer bestehen wollen.

Bei den BewohnerInnen in Pflegeeinrichtungen sei durchaus Verständnis dafür da, dass PflegerInnen gut bezahlt werden sollten, so Simone Bovensiepen. Nur dass es auch für sie eben in Zukunft immer schwerer werden wird, diese zu bezahlen. Andererseits gibt es zu wenig Aktionen auf der Straße, die darauf aufmerksam machen.

Das schlechte Image der Pflegeberufe beklagte ebenso Bernd Kuhlmann, der sich wünschen würde, die Möglichkeiten in diesem Bereich stärker in den Fokus zu rücken, die da wären krisensichere Arbeitsplätze, viele Spezialisierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, Dankbarkeit, die man erhält.

Immerhin, so Horst Wehner, setzt so langsam ein generelles Umdenken ein. Das hat auch schon Sabine Zimmermann in einer Rede zum Pflegestärkungsgesetz positiv bewertet. Zukünftig soll Pflege ressourcenorientiert an den Bedürfnissen der Menschen stattfinden. Allerdings müssen die Bedürfnisse des Pflegepersonals dabei genauso im Blick behalten werden. Deshalb schlägt Horst Wehner einen Wertedialog vor, der sich um Klarheit, Transparenz, Offenheit und faire Arbeitsbedingungen drehen sollte.

Bezahlbar für alle könnte Pflege durch die schon lange von LINKEN und Gewerkschaften geforderte Bürgerversicherung werden, in die dann gleichfalls Ärzte, Anwälte, Abgeordnete einzahlen müssten.

„Mehr von uns ist besser für Euch“ lautete der Slogan des streikenden Pflegepersonals der Charité in Berlin, wie Sabine Zimmermann berichtete. Wir brauchen gut ausgebildetes und motiviertes Pflegepersonal in Zukunft dringender denn je. Gute Pflege unter guten Bedingungen für alle, die sie erbringen - das muss drin sein!

Katrin Pritscha

LINKE BLEIBT BEI KRITIK DER PLÄNE DER SPARKASSE

Auf dem vergangenen Kreisparteitag Mitte November (14.11.2015) diskutierten die vogtländischen LINKEN mit dem Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Vogtland, Marko Mühlbauer und Helge Lorenz von der erweiterten Geschäftsleitung, über das Sparpaket der vogtländischen Sparkasse.

Die Versammlung beauftragte eine Arbeitsgruppe, den Standpunkt der LINKEN in der folgenden Erklärung zusammen zu fassen:

Die LINKE bekennt sich zur Sparkasse Vogtland und setzt sich für den Erhalt des Regionalprinzips im Vogtland ein. Sie sieht in der Sicherung des Services der Finanzdienstleistungen als auch der Befriedigung örtlicher Kreditbedürfnisse für alle Vogtländer, unabhängig vom Wohnort ein hohes, schützenswertes Gut. Nur so kann die Zustimmung der Bürger zum Prinzip

Sparkasse auch künftig gesichert werden. Nur durch hohes Vertrauen der Bürger/Kunden kann die Sparkasse vor Gefahren aus TTIP und anderen Finanzmarktherausforderungen geschützt werden.

Die angekündigten Veränderungen, insbesondere die beabsichtigten Schließungspläne für eine Vielzahl von Filialen und Servicestandorten, laufen diesem Prinzip zu wider.

Zu kritisieren ist besonders die Tatsache, dass trotz früher Ankündigung der Veränderungen, die örtlichen Verantwortungsträger der betroffenen Kommunen praktisch nicht gehört wurden. Dort, wo auf Initiative von Stadträten Diskussionen über mögliche Alternativen angeregt wurden, mussten die Akteure feststellen, dass ihre Meinung keine Rolle spielte. Eine demokratische Einbeziehung der betrof-

fenen Stadt- und Gemeinderäte zur gemeinsamen Erarbeitung bürgernahe als auch wirtschaftlicher Lösungen fand somit nicht statt. Die Unterrichtung der Vertreter der LINKEN in den Kontrollgremien über Entscheidungen der Geschäftsleitung zu den geplanten Veränderungen ändert an dieser Einschätzung nichts. Die inzwischen vorgestellten Lösungsansätze für die von Schließung betroffenen Standorte entsprechen überwiegend nicht der Bürgernähe und sind deshalb notwendig zu diskutieren, um Änderungen zu erreichen.

Aus diesem Grund fordert DIE LINKE überall dort die Schließungspläne auszusetzen, wo es bisher keine einvernehmlichen Lösungen gibt, um gemeinsam mit den Vertretern der Kreis-, Stadt- und Gemeinderäte sowohl bürgernahe als auch wirtschaftlich vertretbare Lösungen zu finden.

DIE LINKE IM STADTRAT FALKENSTEIN ZEIGT HERZ FÜR KINDER

Auch in diesem Jahr haben die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Falkenstein wieder falkensteiner Kinder überrascht. Dieses mal wurde die Augen der Kinder in der Kindertagesstätte "Albert Schweitzer" immer größer, als der Weihnachtsmann und seine Wichtel bei ihnen vorbeischaute. Neben Weihnachtsg Gebäck und Obst, hatte der Weihnachtsmann auch drei Spielzeugeisenbahnen dabei. Dazu erklärt Stadträtin Käty Mothes: „Wir freuen uns, dass wir auch in diesem Jahr wieder Kindern eine Freude bereiten konnten. Wir wollen damit auch zeigen, dass Kinder für unsere Politik sehr wichtig sind. Sie sind die Zukunft unserer Stadt. Leider gibt es viel zu viele Kinder, die auch in diesem Jahr kein Weihnachtsgeschenk bekommen werden. Deshalb setzt sich DIE LINKE für eine Grundsicherung für Kinder ein.“

MITGLIEDERVERSAMMLUNG GÖLTZSCHTAL

In unserer Mitgliederversammlung im Dezember wurde der vergangene Kreisparteitag ausgewertet. An Mitgliedern und besonders an die Abgeordneten, ging die Aufforderung ihre Teilnahme besser zu sichern. Lobend wurde herausgestellt, dass die Spitzen der Kreissparkasse ihre Zwänge zu Veränderungen darlegten und Fragen beantworteten. Auch bei uns gab es die Meinung, dass die Sparkassen die Wünsche ihrer Kunden besser erfüllen sollte. Die Filialen sollten erhalten werden und wenigstens an bestimmten Tagen zur Verfügung stehen. Nicht alle erkannten, dass auch die Sparkassen den Zwängen des Kapitalismus unterliegt.

Breitere Diskussion gab es auch zur Flüchtlingspolitik. Es wurde betont, dass auftretende Probleme nicht den Flüchtlingen, sondern der Regierungspolitik angelastet werden müssen. Für uns als LINKE ist die Menschlichkeit und die humanistische Hilfe das Entscheidende.

Ursel Mieth



ALLE JAHRE WIEDER

Am 16.12. war es auch beim Stadtverband Plauen soweit. Die jährliche und von den Genossinnen und Genossen geschätzte Weihnachtsfeier im Seniorenentree in der Mammenstraße stand an. In der Begrüßungsrede der Vorsitzenden Petra Rank, welche den Mitgliedern und Sympathisanten „danke sagen möchte für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr“ und mit den Worten „Ich wünsche uns heute einen schönen Nachmittag und euch ein frohes Fest und ein gesundes neues Jahr.“ die Weihnachtsfeier eröffnete. Bei Kaffee, Stollen, Keksen und belegte Brötchen lauschten die anwesenden 30 Genossinnen und Genossen einem Programm der Kinder von der „Astrid-Lindgren-Schule“, unter Leitung der stellvertretenden Stadtvorsitzenden Agnes Descher. Bei leckeren Fischbrötchen, Bier und Limo wurde der Nachmittag mit Gesprächen, nicht nur um Politik sondern auch über Privates, zum Erfolg.

André Hegel

WARNSTREIK FÜHRT ZUM ERFOLG!

Verhandlungen bei Straßenbahn und Bus mit positiven Ergebnis

Nach vier Verhandlungsrunden ohne zählbares Ergebnis rief die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di am 22. Oktober zum Warnstreik bei der Plauener Straßenbahn GmbH (PSB) und der Straßenbahn-Bus GmbH (SBG) auf. Dies war für alle Beteiligten ein kleines Risiko und mit mulmigen Gefühlen verbunden (wir berichteten).

Offensichtlich zeigte das deutliche Signal, welches die MitarbeiterInnen mit dem Warnstreik setzten, Wirkung. In den darauf folgenden Verhandlungsrunden ging auch die Geschäftsleitung der beiden Unternehmen auf die Beschäftigten zu. Nach dem sechsten Verhandlungstag konnten die ver.di-VertreterInnen bereits von „einer positiven Entwicklung“ bei der SBG sprechen. Diese konnten letztlich in der siebenten Runde manifestiert werden. Für die Kolleginnen und Kollegen der SBG kommt nun seit dem 01.01.16 ein Rahmentarifvertrag und ein erhöh-

ter Kündigungsschutz für ver.di-MitgliederInnen zur Anwendung.



Deutlich schleppender liefen hingegen die Verhandlungen bei der Straßenbahn GmbH. Lehnten die Vertreter der Straßenbahn in der sechsten Runde einen von ver.di vorgelegten Haustarif-Entwurf noch ab, konnte in der siebenten Verhandlungsrunde das lang

ersehnte Ergebnis erzielt werden. Die Kolleginnen und Kollegen werden stufenweise in den Spartentarifvertrag einsteigen. Im Jahr 2021 werden 100% der dann aktuellen Entgelte erreicht sein. Zuschläge und Urlaub werden bereits ab dem 01.01.16 zu 100% nach dem gültigen Tarifvertrag erstattet werden. Auch bei der PSB gibt es zusätzlich einen erhöhten Kündigungsschutz für ver.di-MitgliederInnen.

Diese Ergebnisse zeigen, dass man als ArbeitnehmerInnen zusammen mit einer starken Gewerkschaft viel erreichen kann und dass es sich lohnt auch einmal ein Risiko einzugehen und einen Warnstreik anzusetzen. Gleichzeitig konnte mit der langen Zeit der Anpassung bei der Straßenbahn der Betriebsleitung ein fester Planungszeitraum gegeben und der Fortbestand des Unternehmens gesichert werden.

Lars Legath

EINE SCHEINBAR ENDLOSE GESCHICHTE

Seit über fünf Jahren engagiere ich mich in Sachen "Tourismus für Alle" und für eine inklusive Gesellschaft. Ein Politikfeld, welches linker Politik zu tiefst eigen sein sollte. Geht es doch darum, eine Gesellschaft zu schaffen, in der jeder willkommen ist. Wenn jeder Mensch, mit oder ohne Behinderung, überall dabei sein kann, am Arbeitsplatz, in der Schule und Uni, im Wohngebiet und der Freizeit, dann haben wir eine inklusive Gesellschaft. In solch einer Gesellschaft ist jeder willkommen. Die Barrieren beginnen in den Köpfen. Mehr Offenheit, Toleranz und ein besseres Miteinander hilft da sehr. Es gibt keinen Menschen mit der Eigenschaft Behinderung. Es gibt Menschen mit Einschränkungen. Behinde-

rung ist eine Eigenschaft von Barrieren. Da kann man etwas tun. Inklusion ist kein Expertenthema. Jeder kann in seinem Umfeld etwas beitragen, dass es besser wird. Das beginnt mit Kleinigkeiten.

Seit zwei Jahren fordere ich unsere Stadtratsfraktion auf, sich für die Schaffung eines Behindertenbeirates in der Stadt Oelsnitz einzusetzen. Die Hinhaltetaktik des Oberbürgermeisters hat Erfolg. Bis heute haben wir keinen solchen Beirat. Wie notwendig dieser wäre zeigen der Marktplatz, die Volksbank, die Bäckerei Wunderlich oder das INJOY Studio und weitere Objekte. Nun frage ich mich, warum unsere Fraktion keinen eigenen Antrag

einbringt? Besteht Politik für die Bürger nur in Zustimmung oder Ablehnung von ins Parlament eingebrachten Vorlagen von anderen Fraktionen oder der Verwaltung? Politik und besonders linke Politik erfordert neue Denksätze und parlamentarische Initiativen. Eine Anfrage im öffentlichen Teil der Stadtrat kann nicht die Lösung sein. Lehnen Abgeordnete einen Beirat ab, haben sie das Menschenrecht auf Inklusion, festgeschrieben in der UN-Behindertenrechtskonvention nicht verstanden. Welches ein Feld für politische Auseinandersetzung.

Ulrich Wenzel



Für eure Artikel!



Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
14. Januar 2016

Sendet uns eure Beiträge an:

redaktion@dielinke-vogtland.de

DIALOG SUCHEN, MENSCHLICHKEIT EINFORDERN, FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN

Am Donnerstagabend, den 26. November 2015, trafen sich die Mitglieder von DIE LINKE. Vogtland, um gemeinsam zu diskutieren, wie mit Veranstaltungen wie „Wir sind Deutschland“, aber auch weiteren Foren zum Thema Asyl umgegangen werden kann. Im Mittelpunkt der Debatte stand die Frage, wie innerhalb eines sich zuspitzenden Diskurses linke Positionen verdeutlicht werden können. Vor allen Dingen diskutiert wurde, ob es möglich und sinnvoll sei, dies in kritischen Personenkreisen und Gesprächsrunden – auch unter Anwesenheit bspw. Neurechter und ähnlichen Kreisen zuzuordnender Personen – zu versuchen, ohne dabei unsere eigene Position zu verwässern. Nach intensiver und konstruktiv inhaltlicher Debatte einigte sich die Partei dabei auf folgende Punkte:

1. Für uns als LINKE bleiben die Gleichheit aller Menschen und unser humanistisches Weltbild Richtschnur unseres Handelns. Das bedeutet, dass wir uns weiterhin für Geflüchtete einsetzen, genauso wie für alle anderen Schwächeren in dieser Gesellschaft. Wir wollen ein weltoffenes Sachsen.
2. Wir werden Einladungen von Veranstaltungen nicht per se zusagen, weil uns ein Mikrofon angeboten wird. Bei jeder einzelnen Einladung erfolgt eine Abwägung, ob die Veranstaltung zum Ziel hat, Menschen zu diffamieren oder zu diskreditieren oder ob es um einen ernsthaften Austausch nach den Grundregeln der Demokratie und Menschlichkeit geht. Um hier mehr Transparenz zu schaffen, wird der Kreisvorstand einen Abwägungskatalog erarbeiten, welche Fragen jeweils zu diskutieren sind.
3. Weiterhin bietet der Kreisvorstand, aber auch der Landesvorstand an, eigene Diskussionsveranstaltungen vor Ort zur Situation Geflüchteter und zum Thema Integration durchzuführen.

4. Wir werden weiter Präsenz zeigen mit unseren Positionen und gehen jetzt auch in den Wintermonaten nochmals in die Offensive. Mit Verteilmaterial, aber auch mit vielen persönlichen Gesprächen, wollen wir die Menschen vor Ort mit unserer humanistischen Position erreichen. Unser Ziel dabei ist, Menschen davon zu überzeugen, dass an den Verwerfungen auch in Sachsen nicht Geflüchtete Schuld tragen, sondern eine verfehlte Politik von Staatsregierung und Bundesregierung.
5. Wir sehen unsere Gesellschaft in Verantwortung, dass wir Geflüchtete menschenwürdig behandeln.
6. Wir bitten unsere Landtagsfraktion, dass sie ihre Kritik an der derzeitigen Asylpolitik aufbereitet, damit deutlich wird, welche Veränderungen möglich wären, wenn es den politischen Willen und politische Mehrheiten gäbe.

Flucht ist für uns konkrete Folge, also Symptom von konkreten Ursachen wie Krieg, Verfolgung, Armut und Vernichtung unserer Lebensgrundlagen. Wir werden uns deshalb nicht gegen Geflüchtete als Symptom dieser Ursachen wenden, sondern weiterhin dafür eintreten, konkrete Fluchtursachen zu bekämpfen. Wir werden deshalb die weltweite soziale Krise, die Demokratiekrise, die Krise der Kriegsfolgen und die Auswirkungen des Kapitalismus thematisieren. Wir werden uns nicht gegen die Menschen wenden, die in Not zu uns kommen, sondern uns dafür engagieren, dass diese ihr Zuhause nicht mehr verlassen müssen. Unser Engagement für soziale Gerechtigkeit ist ein Engagement für alle Menschen, die in diesem Land leben – ob hier geboren oder zu uns gekommen.

*Kreisvorstand
DIE LINKE Vogtland*

GEGEN DEN RAS- SISTISCHEN NOR- MALZUSTAND!

Demonstration in Plauen

Am Dienstag den 08.12.2015 versammelten sich ca. 40 Menschen bei einer kurzfristig angemeldeten Demonstration gegen die rassistischen Zustände im Vogtland. Hintergrund war eine Kundgebung einer neonazistischen Kleinstpartei, welche gegen die zunehmende „Asylantengewalt“ demonstrieren wollte.

Da Rassisten solche Kundgebungen immer wieder mit Halbwahrheiten untermauern, entschloss sich das „Aktionsbündnis Vogtland gegen Rechts“ dazu, die Bürgerinnen und Bürger über die wahren Zahlen aufzuklären. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es allein im Vogtland 12 registrierte Angriffe auf Alternative, Migrantinnen und Migranten, sowie deren Unterkünfte gegeben. Hinzu kamen 90 angezeigte Straftaten mit rechtsradikalem Hintergrund. Die Dunkelziffer bei beiden Zahlen dürfte weit aus höher liegen. Es gibt also im Vogtland kein Problem mit Gewalt durch Asylbewerberinnen und Asylbewerber.

Gleichzeitig wandte man sich gegen jegliche Form von Gewalt und machte damit deutlich, dass man auch den Angriff durch Somalier auf einen Deutschen verurteilt.

„Das Ausüben von Gewalt liegt immer im Charakter eines einzelnen und nicht im Status oder der Nation der Person.“

Gewalt ist nie eine Lösung – egal von wem sie begangen wird!“ hieß es auf einem Flugblatt, welches die Teilnehmer der Demo des Aktionsbündnisses verteilten.

Lars Legath

„RECHTSVEREINFACHUNG“ BEI HARTZ IV

Ein ganz besonderes Weihnachtsgeschenk für unsere Kinder

Welche Mutter oder welcher Vater möchte nicht, besonders zu Weihnachten, ihrem oder seinem Sprössling etwas Gutes bieten? Leider ist dies für viele Familien in Deutschland nur ein Traum. Besonders „Hartz IV-Familien“ haben zu Weihnachten ein paar Päckchen weniger im Sack. Ganz besonders schlimm trifft es Eltern, die sich entschieden haben, ihr Leben in getrennten Existenzräumen, nach Hartz IV Sprachgebrauch - Bedarfsgemeinschaften -, zu gestalten.

Das Bürgertreffen des „Sozialforums Göltzschtal“ widmete sich in seiner etwas gemütlicheren Jahresabschlussveranstaltung am 14. Dezember mit Mineralwasser und belegten Brötchen wie gewohnt sozialrechtlichen Problemen. Zum Treffen gekommen waren ca. 20 interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Frau Dr. Dorothea Wolff, ehemalige Kreisrätin des Vogtlandkreises und Expertin auf dem Gebiet der Kosten der Unterkunft bei Hartz IV, informierte über die geplante Gesetzesänderung der Bundesregierung.

Der Gesetzesentwurf sieht zur Zeit zwei Möglichkeiten vor: Die Leistung für den Lebensunterhalt des Kindes

erhält der Elternteil, in dessen Haushalt das Kind die meiste Zeit lebt. Dem Elternteil, bei dem sich das Kind nur tageweise aufhält, steht dagegen nach dem geplanten Gesetzestext kein Geld für die Zeit der Kindesbetreuung zu. Falls sich das Kind aber in "annähernd gleichem Umfang" in beiden Haushalten aufhält, erhält jeder Elternteil die Hälfte der Regelleistung des Kindes vom Jobcenter überwiesen. Zur Zeit ist es so, dass die Eltern entsprechend der Anzahl der Tage, an denen sich das Kind in ihrem Haushalt aufhält, die Regelleistung vom Jobcenter überwiesen bekommen.

Gegen den geplanten Gesetzesvorschlag hat die Bürgerversammlung protestiert, genauso wie der DGB, der Deutsche Richterbund, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und andere Sozial- oder Juristenverbände. In einem Brief an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales wurde auf die Gefahr aufmerksam gemacht, dass mit der geplanten Regelung das Grundrecht auf Umgang mit dem eigenen Kind ausgehebelt wird oder das Grundrecht auf Gewährung eines menschenwürdigen Existenzminimums des umgangsberechtigten Elternteils nicht mehr gesichert ist. Beide Grundrechte sind aber durch

Grundgesetz und Bürgerliches Gesetzbuch gesichert. Die Variante, dass die getrennt lebenden Eltern sich auf eine Teilung der Regelleistung persönlich einigen, ist erfahrungsgemäß schwierig, sie wirft neue Konflikte auf, geht oft zu Lasten der Nutzung des Umgangsrechts und verstößt damit sowohl gegen das Gebot des Kindeswohls als auch der Sicherung des Umgangsrechts.

Im Brief an Frau Nahles wird gefordert, dem Elternteil, in dem das Kind seinen Lebensmittelpunkt hat, die volle Regelleistung des Kindes zu gewährleisten, und dem Elternteil mit Umgangsrecht einen Mehrbedarf für die Betreuung des Kindes zuzugestehen.

Das nächste Sozialforum Göltzschtal findet am 8. Februar 2016 wie immer im Klubraum der AWG Auerbach statt (Eisenbahnstr. 32). Es soll besprochen werden, welche Möglichkeiten die Wohngeldreform ab 2016 bietet, auf Aufstockung mit Hartz IV, Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter oder Hilfe zum Lebensunterhalt zu verzichten.

Kathrin Kosche

NICHT IMMER KEHREN ALTE BESEN BESSER

Zur Wahl des neuen Beigeordneten des Vogtlandkreises erklärt Janina Pfau, Kreistagsmitglied und Kreisvorsitzende der LINKEN im Vogtland:

„Dass Herr Drechsel zum neue Beigeordnete gewählt wurde, sollte keinen überrascht haben. Die Wahl war ein schönes Beispiel von Scheindemokratie. Schon bevor die Ausschreibung durch den Kreistag beschlossen wurde, wurde Herr Drechsel als neuer Beigeordneter hofiert und auch die Ausschreibung passte auf ihn genau.“

Viele potentielle BewerberInnen hat dieses sicherlich abgeschreckt sich zu bewerben. Sicherlich bringt Herr Drechsel viel Wissen mit, jedoch sind

nach so vielen Jahren im Amt, Scheuklappen nicht zu vermeiden. Ein frischer Wind, mit kritische Analyse der Aufgabenverteilung und der Abläufe hätten dem Vogtlandkreis sicherlich in der angespannten finanziellen Situation mehr geholfen.

Es müssen neue Wege gegangen werden und nicht immer mit den alten Besen gekehrt werden. Es war für viele ganz klar, dass der Landrat keinen anderen Beigeordneten als Herrn Drechsel akzeptieren würde. Irgendwie erinnert es an die vögtische Zeit, als der Vogt noch einfach alle Ämter nach seinen Wünschen besetzen konnte.“

DER DIREKTE DRAHT

Öffentliche Telefonsprechzeiten der Parteivorsitzenden

Katja Kipping
15. Februar 2016, 14–15 Uhr
11. April 2016, 14–15 Uhr

Bernd Rixinger
11. Januar 2016, 14–15 Uhr
7. März 2016, 14–15 Uhr
9. Mai 2016, 14–15 Uhr

Es wird um **Voranmeldung** gebeten unter: 030/24009-530.

DIE LINKE.

www.die-linke.de

NEULICH IN DER GESCHÄFTSSTELLE

Neben den organisatorischen Aufgaben (wie z.B. Post und E-Mail-Verkehr) die in unserer Geschäftsstelle Plauen immer wieder anfallen habe ich ab und zu auch mal Zeit für kleinere Gesprächsrunden mit GenossInnen. Bzw. nehme ich mir die Zeit manchmal einfach. Letztens war das mal wieder der Fall. Wir sprachen über Banken und Krankenkassen und einer der Genossen sagte zu mir „Schreib das doch mal im Vogtlandboten“. Das will ich nun tun.

Ich weiß gar nicht mehr wie wir in das Thema reingekommen sind, aber es ging darum, dass Ich der Meinung bin, dass wir keine hundert verschiedenen Krankenkassen brauchen und auch keine hundert verschiedenen Banken. Auch nicht des Wettbewerbs wegen, der ja angeblich den Markt belebt. Der einzige Effekt ist, dass sinnvolle Neuerungen nur einem Teil der Menschen zur Verfügung stehen und dass ansonsten eine „Verbesserung“ zumeist nur Zulasten der Belegschaften dort erreicht werden können. Durch schlechtere Arbeitsbedingungen oder geringere Löhne. Wozu also das Überangebot z.B. bei Krankenkassen? Natürlich hat jede Krankenkasse irgendeine Extraleistung, die man woanders nicht hat, weil die Konkurrenten diese eine Leistung bereits gekürzt haben. Aber wer hat schon die Zeit sich das für sich ideale Programm aus den Unmengen an Krankenkassen herauszusuchen? Und selbst wenn man die Zeit hätte, wie lange hat das dann Bestand? Wie lange sind das dann die idealen Leistungen für mich? Ich möchte nicht immer überlegen müssen, ob mir wohl dieses Jahr der Zahnersatz nötiger erscheint oder ein zuzahlungsfreies Rezept. Ich möchte, dass ich behandelt werde, wenn ich krank bin ohne hinterher Privatinsolvenz anmelden zu müssen, weil diese Behandlung nicht Teil des Leistungspaketes war. Aus meiner Sicht braucht es letztlich nur eine Krankenkasse, eine die alle Leistungen abdeckt und in die alle gleichermaßen einzahlen, abhängig von dem was Sie verdienen. Das nennt man Solidarprinzip und eben dieses sollte immer und überall gelten. Mit nur einer Krankenkasse bräuchte man auch nicht 100 „Köpfe“ bezahlen. Nachteile aus dem fehlenden Wettbe-

werb kann ich keine entdecken. Ich lass mich aber auch gerne eines Besseren belehren, wenn jemand dazu sachliche Argumente hat.

Gleiches gilt für Banken. Wozu brauch ich diese Auswahl? Reicht es nicht aus eine Sparkasse zu haben? Welchen Nutzen habe ich denn als Gesellschaft aus dem Überangebot? Was nützt es mir z.B. als Kommune zu wissen, dass die Deutsche Bank Milliarden an Gewinn macht und dieser Gewinn in die Taschen von Privatpersonen fließt? Wohingegen der Gewinn einer Sparkasse als Ausschüttung an die Kommune fließt.

Wozu also in solchen Bereichen den Wettbewerb? Wenn in einer der Banken oder in einer der Krankenkassen nun eine wirklich bahnbrechende Neuerung erfunden wird, die der Gesellschaft nützt, dann haben alle Kunden der anderen Unternehmen erst mal keinen Zugang dazu. Um im Wettbewerb bestehen zu können müssten sie entweder die gleiche gute Idee entwickeln, eine eigene gute Idee hervorbringen, die dann auch wieder nur einem Teil der Kunden zur Verfügung steht oder mit Druck auf die Arbeitsbedingungen und Gehälter den Marktnachteil ausgleichen.

Es gibt auch Sachen im Leben da darf es gern Auswahl geben. Beim Bäcker oder beim Fleischer zum Beispiel. Da geht man dann halt dorthin, wo es einem am besten schmeckt.

Aber wie gesagt bei Banken und Krankenkassen brauch ich so etwas nicht. Warum also nicht alle Krankenkassen zu einer zusammenfassen?! Zu einer in der alle Krankheiten voll versichert sind und die von der Solidargemeinschaft getragen wird. Alle guten Ideen kommen dann allen Kunden zugute und Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen der aus dem Wettbewerb am Markt herrührt entfällt auch.

WIRD DER MDR ZUM NEUEN „SCHWARZEN KANAL“?

Wenn es sich für die machtbesessene Sachsen - CDU um einflussreiche Posten handelt, kennt sie keine Skrupel, Toleranz oder Maßhalten. Sie hat sich über alle Stimmen der Vernunft und alle Mahnungen zur Zurückhaltung hinweggesetzt und die Wahl von Steffen Flath zum Vorsitzenden des MDR-Rundfunkrates durchgedrückt. Steffen Flath war als langjähriger Staatsminister und CDU-Fraktionsvorsitzender ein profilierter Protagonist der sächsischen CDU, jedoch ohne Erfahrungen in der Medienpolitik oder im Rundfunkrat.

Damit ist der MDR die einzige öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt in Deutschland, in dem der Vorsitz des Rundfunkrates stramm regierungsnah besetzt wird. In den acht anderen (Mehr-) Länderanstalten wird dieses Amt überwiegend von Vertretern überparteilicher gesellschaftlicher Organisationen oder der Kirche ausgeübt, so wie das bisher im MDR mit Frau Prof. Schade als Vertreterin des BUND auch der Fall war. Eine politische Vertreterin sitzt nur im WDR dem Rundfunkrat vor – dort handelt es sich freilich um eine Oppositionsvertreterin.

Die Wahl zeugt von der Ignoranz gegenüber dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum ZDF-Staatsvertrag: „Die Organisation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss als Ausdruck des Gebots der Vielfaltsicherung dem Gebot der Staatsferne genügen. Danach ist der Einfluss der staatlichen und staatsnahen Mitglieder in den Aufsichtsgremien konsequent zu begrenzen.“

Das Ganze ist umso peinlicher, da in den nächsten zwei Jahren der MDR den Vorsitz in der ARD ausübt. Wird Steffen Flath neue mitteldeutsche Karl-Eduard von Schnitzler?

HOCHBAUMS 15. WEIHNACHTSBAUM

"Ja, er lebt noch..." der Brauch unseres Bundestagsabgeordneten, eine stattliche Weihnachtstanne - persönlich geschlagen beim Forstwirtschaftsbetrieb Jakob in Wohlhausen - ein echt vogtländischer "Hochbaum", gewissermaßen - daselbst nach Berlin zu bringen. Diesmal gar so war zu erfahren, mit Plauener Spitze geschmückt. War es doch still geworden die vergangenen Jahre um seine Aktivitäten solcherart nach dem ihm seine einstige Mitarbeiterin und nunmehr selbst CDU - MdB Frau Magwas mit ihrem "Plauener Spitzen" - Geschenk bei der Kanzlerin doch einigermaßen die Schau gestohlen hatte. Brachte er sich nunmehr jedoch wieder ins Gespräch mit seiner Nordmann-Tanne: Als Zeichen der Anerkennung - diesmal für die wichtige Arbeit im "Verteidigungs" - Ministerium täglich für die Beschaffung und Ausrüstung der Truppe. Was ja nun - wo statt versprochenen Abzuges gar die Aufstockung der Truppe ansteht, dies eine noch größere Bedeutung erlangt (siehe Afghanistan). Als damals der deutsche Bundeswehroberst Klein ohne jede militärische Notwendigkeit und trotz geäußelter Bedenken selbst der US-Piloten zwei Tankzüge, die im Flußbett steckengeblieben waren und keine Gefahr darstellten gegen jede Vernunft und Menschlichkeit bombardieren lies, wofür er dann mit der Erhöhung seiner Bezüge und Beförderung zum Brigadegeneral belohnt wurde, hatten sich viele Menschen gleich mir Gedanken gemacht über diesen sinnlosen Kriegseinsatz und seine Folgen. Diese bekommen wir heute in Form der Flüchtlinge nochmals zu spüren. Mein Vorschlag damals war: Einen solch mächtig großen Weihnachtsbaum in die noch viel größeren Transportflugzeuge zu laden - die doch so viel Platz hatten für Panzer und sonstig Kriegsgeschütz bieten. Mit Ziel statt Berlin nun eben Kundus. Aufgestellt in jenem Flußtal, wo über 140 Zivilisten - zumal vor allem Frauen und Kinder - unschuldig getötet wurden und deren Angehörige heute noch auf eine angemessene Entschädigung warten. Mit eben so vielen Kerzen bestückt, die dann - Zeichen des Friedens und der Besinnung - solcherart in den afghanischen Weihnachtshimmel strahlen. Der Mah-

nung denn wohl auch. Demnächst, sehr geehrter Herr Abgeordneter starten doch wieder Militärmaschinen nach Afghanistan - mit neuem Kriegsgerät und neuen - noch mehr Soldaten. Ob es da nicht Platz gäbe für solch einen Baum? Auch Kerzen müßten doch ausreichend zu beschaffen sein. Wäre ich doch sofort auch dabei! Was indes unsere Kampf, oder doch besser, Kriegseinsätze betrifft, würde ich doch lieber gern der Erkenntnis von Erich Kästner zustimmen, der bereits wußte: "Glaubt nicht ihr hättet Millionen Feinde. Euer einziger Feind heißt - Krieg". In solcher Weise, sehr geehrter Herr Hochbaum, wäre ich Ihnen dann durchaus gern verbunden

Jürgen Böhm

INTERESSANT ?!

"16 Auslandseinsätze der Bundeswehr laufen aktuell, 106 SoldatInnen sind dabei seit 1992 ums Leben gekommen, 1602 Behandlungsfälle von psychischen Erkrankungen im Jahr 2014, 3500 Soldat/innen nahmen sich bisher im Dienst das Leben, 26% der Soldaten stufen sich selbst als rechts ein, 58 rechtsextreme Vorfälle in der Bundeswehr im Jahr 2013, 55% der Frauen in der Bundeswehr werden sexuell belästigt, 30 Mio. Euro Ausgaben für die Nachwuchswerbung im Jahr 2013"

machwaszaehlt.de

TERMIN ANKÜNDIGUNG

Luxemburg-Liebkecht-Ehrung

Carolaplatz Falkenstein

16. Januar 2016

10 Uhr

**Redner
Stefan Liebig, MdB**

Diskussionsrunde mit Stefan Liebig (MdB), am 15.01.2016, Gaststätte "Zur Sonne" Falkenstein

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

M. Chemnitz	Pausa-Mühl.	16.01.
Ilona Meinel	Klingent.	16.01.
Ilse Meinel	Klingent.	16.01.
Lisa Zimmer	Auerbach	18.01.
Rudi Hofmann	Bad Bram.	23.01.
Elfriede Fischer	Adorf	27.01.
Ingeborg Horn	Plauen	29.01.
T. Poehland	Klingent.	30.01.
Werner Zäbisch	Mylau	02.02.
Erna Walter	Plauen	05.02.
Vera Großer	Plauen	06.02.
Käte Rennwanz	Plauen	10.02.
Lora Dietzsch	Heinsdorferg.	13.02.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17.12.2015, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 14.01.2016. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.